

Portugal

ÁLVARO DE VASCONCELOS

1994 drehte sich die europäische Debatte in Portugal um drei Hauptthemen: das Inkrafttreten des Delors-II-Paketes, die Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft und die institutionelle Debatte. Letztere beinhaltet die Beziehungen zwischen größeren und kleineren Staaten und wird aufgrund der Erweiterungsbestrebungen der Europäischen Union (EU) von den Portugiesen besorgt beobachtet. Erst bei der dritten Europawahl in Portugal war zum ersten Mal ein europäisches Thema von Bedeutung: die Frage des Föderalismus.

Kontroverse um die Stellung der portugiesischen Wirtschaft in der EU

Die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die portugiesische Wirtschaft wurde in verschiedene Bereiche unterteilt und im Laufe des Jahres bewertet. Anfang des Jahres dominierte die für bis Ende 1999 vereinbarte Zahlung von 50 Mrd. Escudos pro Monat aus dem Delors-Paket die Nachrichten und folglich auch die öffentliche Diskussion. Dennoch traten später auch die negativen Aspekte der EU-Mitgliedschaft in den Vordergrund. Der rechte sowie der linke Parteiflügel der regierenden PSD (Sozialdemokratischen Partei) kritisierten besonders den gegenwärtigen Zustand der portugiesischen Landwirtschaft, für den sie in erster Linie Brüssel verantwortlich machten. Bauernverbände, denen sich auch einige Industrielle angeschlossen haben, kritisierten ebenfalls die negativen Auswirkungen der Mitgliedschaft und brachten ihre Kritik zum Vertragswerk von Maastricht zum Ausdruck. Die Bemühungen, die dort festgeschriebenen Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen, spalteten die Wirtschaftsexperten. Einige argumentierten, daß die hartnäckige Beibehaltung der strengen Escudo-Politik dem Außenhandel die Möglichkeit nehme, die Geldabwertung als Mittel zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit einzusetzen. Dies sei der Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit und andere negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit stieg 1994 im Vergleich zum Vorjahr um 16%. Im Mai 1995 betrug die Arbeitslosenquote 6,8% und fiel damit im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten relativ gering aus.

Premierminister und Präsident lagen bei ihrer Bewertung der Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft auf die portugiesische Wirtschaft weit auseinander. Präsident Mário Soares äußerte wiederholt Bedenken über die steigende Landflucht und Arbeitslosigkeit. Nach Ansicht des Präsidenten wird der Abstand zwischen Portugal und den anderen Mitgliedstaaten nicht kleiner, sondern vergrößert sich

zunehmend. Es überrascht nicht, daß der Premierminister die gegensätzliche Meinung vertrat. Auf dem Gipfeltreffen in Essen zog er Bilanz über neun Jahre portugiesischer Mitgliedschaft in der EU: Portugals Inflation wurde von 20% auf 4% gedrückt, und das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 51% auf 64% des EU-Durchschnitts¹.

Eine im Mai durchgeführte Meinungsumfrage zeigt ungefähr die gleichen Resultate wie in den vorangegangenen Jahren. Dennoch hat sich die kleine aber sichtbare Mehrheit derer vergrößert, die eine EU-Mitgliedschaft Portugals als schädlich ansehen. Bei der Frage, ob Portugal durch die Mitgliedschaft Vor- oder Nachteile habe, antworteten 58% das Land habe von dem Beitritt zur EU profitiert. 32% behaupteten das Gegenteil. Trotz eines leichten Meinungsumschwungs bleibt die Unterstützung für Europa stark²: So sind etwa 70% der Befragten der Meinung, daß die Union fortgeführt werden soll (davon fordern 35% eine schnellere und 38% eine langsamere Entwicklung). Nur 12% sprechen sich für einen totalen Stop der gesamten europäischen Entwicklung aus.

Institutionelle Fragen

Die portugiesische Regierung sprach sich immer für eine Erweiterung der EU durch die früheren EFTA-Staaten aus und vertrat die Meinung, daß bei deren Aufnahme keine bedeutenden institutionellen Reformen notwendig seien. Minister und Funktionäre stützten ihre Argumentation auf die in Lissabon im Juni 1992 getroffenen Entscheidungen des Europäischen Rates, der sich darauf verständigt hatte, daß für die Aufnahme der EFTA-Staaten keine wesentlichen Änderungen an der institutionellen Grundstruktur erforderlich wären³. Portugal war vor allem stark gegen die Vorschläge eingetreten, die Anzahl der Kommissare und der Arbeitssprachen zu verringern und lehnte es zudem ab, die Sperrminoritätsgrenze für das Beschlußfassungsverfahren im Rat de facto heruntermzusetzen.

Tatsächlich kam es zwischen Portugal und Spanien aufgrund der Frage der Sperrminorität zu Differenzen. Die portugiesische Regierung sah Spaniens Einstellung hierzu als Versuch, sich auf die Seite der „mächtigeren Staaten“ zu stellen, um so in deren Kreis aufgenommen zu werden. Während Spanien und Großbritannien die Sperrminorität bei 23 Stimmen belassen wollten, lehnte Portugal dies ab. Stattdessen forderte Portugal, daß die Sperrminoritätsgrenze entsprechend der gestiegenen Anzahl von zwölf auf geplante 16 Mitgliedstaaten (Auffassung Portugals vor dem norwegischen Referendum) und somit auf 27 Stimmen angehoben werden sollte. Portugal unterstützte den Ioannina-Kompromiß. In dieser Debatte wies Portugal erneut auf die Bedeutung hin, die es dem Rat und dessen Effizienz zumißt. Außenminister Durão Barroso schrieb: „Wir finden es unangebracht, unsere Konzentration auf die Schaffung eines Verfahrens zu lenken, dessen Funktion das Blockieren von Entscheidungen sein soll“⁴.

Die institutionelle Debatte trat nach der Veröffentlichung des Schäuble/Lamers-Papiers der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag erneut in den

Vordergrund. Die in dem Dokument vorgeschlagene Idee eines „harten Kerns“ von starken Staaten und die sich daraus ergebende Differenzierung, die Portugal zwangsläufig eine Randposition in der EU zuweisen würde, stieß bei den Portugiesen auf vehemente Ablehnung. Der Premierminister erklärte hierzu: „Es gibt keinen Grund, warum sich die Gemeinschaft entschließen sollte, in ihrer Entwicklung mit verschiedenen Geschwindigkeiten fortzufahren“⁵. Damit gab er zu verstehen, daß allen Mitgliedstaaten die gleichen Entwicklungschancen eingeräumt werden sollten. Die Sozialistische Partei übte daraufhin Kritik an der Regierung, die ihrer Ansicht nach zu langsam und zu gemäßigt auf solche Vorschläge reagiere, und lehnte den Inhalt des CDU/CSU-Papiers ab, da es auf eine „Desintegration der Union“⁶ hinauslaufe. Aus vielen Bereichen wurde daran erinnert, daß Portugal schon Teil jedes bedeutenden „Kerns“ innerhalb der Union sei – es hätte weder in der Union selbst noch in der Westeuropäischen Union oder der Schengen-Gruppe Austritte gegeben –, und außerdem sei Portugal NATO-Mitglied.

Noch bevor die alphabetische Rotation für die Schengen-Präsidentschaft zwar gebilligt aber noch nicht in Kraft war, lehnte Portugal trotz seiner anfänglichen Zustimmung, die Präsidentschaft der Schengen-Gruppe für die zweite Hälfte des Jahres 1994 ab. Portugal erklärte, es sei nicht zuletzt aus finanziellen Gründen außerstande, die Aufgabe zu übernehmen⁷.

Europawahlen und der Geist des Föderalismus

Bei den Europawahlen im Juni 1994 traten die Themen von Maastricht wieder in den Vordergrund, wobei der Geist des Föderalismus über der gesamten Debatte schwebte. Eigentlich wurden die Grenzen dieser Debatte von den Parteien festgelegt, die den Vertrag über die Europäischen Union ablehnten, wobei besonders die CDS-Volkspartei, die sich erst kürzlich von ihrer nationalistischen Linie abgewandt hatte, die Opposition gegen das Vertragswerk ergriff. Obwohl sie nur einen kleinen Anteil der Wählerschaft vertritt (4,3% der Wählerstimmen 1991), schaffte sie es, die Debatte auf das Thema Föderalismus einzuengen. Die Kommunistische Partei (PCP; 8,8% der Wählerstimmen 1991), die sich ganz deutlich gegen den Maastrichter Vertrag ausgesprochen hatte, stellte sich auf die Seite der CDS-Volkspartei, um die überwältigende pro-EU- und pro-Maastricht-Mehrheit (PSD und PS, zusammen mit einem Stimmenanteil von 80% 1991) durch massive Angriffe auf den Föderalismus in eine defensive Position zu drängen.

Das Ergebnis dieser verworrenen Debatte ist, daß nur noch sehr wenige Portugiesen den Föderalismus unterstützen. Außerdem weicht das, was diese unter Föderalismus verstehen, völlig von dem in Portugal gängigen Verständnis dieses Ausdruckes ab: Föderalismus steht nicht für Dezentralisierung und volksnahe Regierung, sondern wird in der Bedeutung von Zentralisierung, Vorherrschaft der stärkeren Mächte innerhalb der Union, Verlust von Souveränität – kurz noch mehr unnötiger Brüsseler Bürokratie – benutzt. Abgesehen vom Einfluß der Par-

teien, die Maastricht ablehnen, kann diese nun ziemlich weit verbreitete Interpretation auch teilweise daher rühren, daß Portugal über Jahrhunderte hinweg ein in politischer und kultureller Hinsicht einheitlicher Staat war.

Die in 1989 gesunkene Beteiligung an den Europawahlen (von 51,5% auf 35,7%; weit unter dem EU-Durchschnitt) läßt sich teilweise darauf zurückführen, daß der Wahltag zwischen zwei Feiertagen lag. Die Sozialistische Partei konnte nur einen geringen Zugewinn (0,4%) verzeichnen, lag aber 4,2 Prozentpunkte höher als 1989. Trotz dieser schwierigen Situation konnte die Regierung 1,6% dazugewinnen (PSD: 34,3% 1994, 32,7% 1989). Die Ergebnisse der CDS-Volkspartei und der PCP, die 1,7 bzw. 3,2 Prozentpunkte unter denen von 1989 liegen, zeigen, daß die Wähler beharrlich bei ihrer pro-Europa-Einstellung blieben. Dabei zahlten sich patriotische Töne weniger als angenommen aus: Bei einer Wahl, die im Vergleich zur vorangegangenen wesentlich stärker über europäische als über nationale Themen ausgefochten wurde, konnten diejenigen Regierungs- und Oppositionsparteien, die für eine engere politische und monetäre Union eintraten, einen Anteil von insgesamt 70% verbuchen⁸.

Ergebnisse der Europawahlen in Portugal 1994

	1994 (in %)	1989 (in %)
Beteiligung	35,7	51,2
Sozialistische Partei (PS)	34,7	28,5
Sozialdemokratische Partei (PSD)	34,3	32,7
CDS-Volkspartei ¹	12,4	14,1
Kommunistische Partei (PCP)	11,2	14,4

1 1989 stellte sich die CDS-Volkspartei unter einem anderen Parteichef und einem anderen Namen zur Wahl. Sie nannte sich Soziale und Demokratische Zentrumspartei (CDS). 1994 änderte sie ihren Namen in Volkspartei, aber behielt ihr altes Akronym CDS als eine Art Vorsilbe bei.

Europäische Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik

Portugal sah sich innerhalb der Kommission in einer gestärkten Position. Entsprechend der Tradition, das Ressort Landwirtschaft an kleinere Staaten zu vergeben, bot Jacques Santer Portugal diesen Bereich an, doch Portugal lehnte ab. Die Portugiesen interessierten sich von Anfang an für das Gebiet „Entwicklung und die Beziehungen zu Afrika“, und es gelang ihnen schließlich, diese Position mit João de Deus Pinheiro zu besetzen. Der portugiesische Kommissar ist für die Außenbeziehungen zu den AKP-Ländern, Südafrika und die Lomé-Konvention verantwortlich.

Eine weitere nennenswerte Entwicklung ist die Tatsache, daß es José Cutileiro gelang, gegen seine direkten Mitbewerber, Enrique Barón Crespo, den Posten des Generalsekretärs der WEU zu erlangen. Ungeachtet der Verdienste von Botschafter Cutileiro resultierte seine Wahl aus dem starken Druck durch die portugiesische Regierung, die damit ihren großen Wunsch demonstrierte, eine stärkere Rolle in der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu übernehmen.

Vielleicht ist es in diesem Jahr tatsächlich das Gebiet der Außenpolitik, auf dem sich Portugal seiner Verpflichtung gegenüber Europa bewußt wird. Die Vorbehalte gegenüber der Schaffung einer europäischen Verteidigung, die in der Vergangenheit so deutlich geäußert worden waren, begannen merklich zu schwinden. So erklärte Verteidigungsminister Fernando Nogueira 1994, Portugal ziehe es in Betracht, zu der zum damaligen Zeitpunkt aus Italien, Frankreich und Spanien bestehenden Mittelmeer-Eingreiftruppe seinen Beitrag zu leisten (während dieselbe Regierung zwei Jahre zuvor den gleichen Vorschlag derselben Partner abgelehnt hatte). Ferner denke Portugal darüber nach, sich in irgendeiner Form – zumindest jedoch durch Beobachterstatus – am Eurocorps zu beteiligen.

Müßte man sich eine Stellungnahme aus dem Jahr 1994 aussuchen, um aufzuzeigen, wie sehr sich die portugiesische Regierung Europa gegenüber wieder in der Pflicht sieht, bietet sich die Äußerung von Außenminister José Manuel Durão Barroso in einem Interview für Público im Januar 1994 besonders an. Auf Fragen bezüglich der Konflikte in Bosnien oder Angola antwortete er unmißverständlich, daß „Portugals Hauptinteressen ohne jeden Zweifel in Europa und der Europäischen Union liegen“⁹. Aus dieser Einstellung heraus und in Abkehr von seiner traditionell „nationalistischen“ Einstellung gegenüber Afrika (einer unter den europäischen Staaten im allgemeinen weit verbreiteten Haltung gegenüber ihren ehemaligen Kolonien), schlug Portugal eine gemeinsame OSZE-Maßnahme für Mosambik vor, die allerdings auf Widerstand bei Großbritannien stieß.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Elisabeth Bambach, freie Übersetzerin, Hoppstädten-Weiersbach.

1 Essen: Cavaco responde a Soares. Portugal acompanha a Europa, Diário de Notícias v. 11. 12. 1994.

- 2 Expresso/Euroexpansao: Meinungsumfrage v. Mai 1994. Die Ergebnisse wurden in Expresso v. 28. 5. 1994 veröffentlicht.
- 3 Cf. J. M. Durão Barroso: „O actual debate institucional na Europa: um primeiro balanço“, in: Público v. 10. 4. 1994.
- 4 J. M. Durão Barroso, ebd.
- 5 Público v. 7. 9. 1994.
- 6 Diário de Notícias v. 7. 9. 1994.
- 7 Victor Martins, Außenminister für Europäische Angelegenheiten, in einem Interview für Expresso v. 12. 2. 1994.
- 8 Expresso/Euroexpansao: Im August durchgeführte und am 10. 9. 1994 veröffentlichte Umfrage. Dabei stieg die Zahl derer, nach deren Meinung Portugal von der Europäischen Union profitiert auf 59% und verringerte sich die Zahl derer, die das Gegenteil behaupten auf 29%.
- 9 Außenminister José, Manuel Durão Barroso bei einem Interview für Público v. 9. 1. 1994.

Weiterführende Literatur

- Durão Barroso, J. M.: Uma certa ideia de Europa, in: Público v. 25. 10. 1994.
- Monteiro, Manuel: Viva Portugal – Uma nova ideia da Europa, Lissabon 1994.
- Nogueira, Fernando: As opções e razões de uma nova politica de defesa nacional, in: *Nação e Defesa* 71 (1994), Lissabon, S. 31–43.